

Studienkonten in Berlin



www.gegen-studiengebuehren.de

Zur Situation: In Berlin drohen Studiengebühren. Im Haushaltsentwurf für 2005 sind Einnahmen aus sogenannten *Studienkonten* in Höhe von zehn Millionen Euro vorgesehen. Im Dezember 2003 soll der Gesetzgebungsprozess zur Einführung von Studienkonten beginnen. *Studienkonten* sind eine spezielle Form der Studiengebühren. Die Idee dahinter besteht darin, dass ab dem ersten Semester die belegten Veranstaltungen abgerechnet werden. Zunächst werden dabei die Kosten von einem virtuellen *Studienkonto* abgefangen. Jedes Semester werden davon also die belegten Veranstaltungen abgebucht, wegen Nichtbestehens wiederholte Veranstaltungen, dementsprechend auch mehrfach. Auch wenn garnicht oder vorgeblich zu wenig Veranstaltungen in einem Semester belegt werden wird eine Mindestpauschale abgebucht. Auf dem *Studienkonto* befindet zu Beginn ein Guthaben, das über die normierte Regelstudienzeit hinausgeht. Wenn dieses *Studienkonto* aufgebraucht ist, wird echtes Geld fällig. Dass die Einnahmen aus diesen Gebühren nicht den Hochschulen zugute kommen, widerlegt all jene, die glauben, mit Studiengebühren den Ausweg aus der Unterfinanzierung der Hochschulen gefunden zu haben. Aber selbst wenn das Geld den Hochschulen verbliebe, gibt es gute Gründe *Studienkonten* und jede andere Form von Studiengebühren abzulehnen. Einige davon werden im Folgenden aufgegriffen.

Das ist erst der Anfang. Anders als vom Senat verkündet sind Studienkonten keineswegs eine Alternative zu Studiengebühren, sondern sie liefern einen Einstieg in allgemeine Studiengebühren. Durch stetiges Verkleinern des *Startguthabens* und Erhöhen der Gebühren lässt sich die Schraube bis hin zu allgemeinen Studiengebühren ab dem ersten Semester stufenlos anziehen. Mit den Studienkonten wird zugleich eine teure Infrastruktur zur Erfassung und Abrechnung der belegten Veranstaltungen eingeführt, beispielsweise mit Hilfe von Chipkarten. Damit sind dann die perfekten Voraussetzungen für ein Bezahlstudium geschaffen. Zu glauben, dass ein Berliner Senat davon keinen exzessiven Gebrauch machen wird, ist schon sehr naiv.

Leere Kassen sind nicht der Grund. Zwar leidet die öffentliche Hand zweifellos unter Finanznot, aber diese kommt nicht von ungefähr, sondern wurde durch Steuersenkungen für Vermögende und Unternehmen vorsätzlich herbeigeführt. Sollte aber angesichts dessen tatsächlich bei der Bildung gespart werden, hieße das knallhart, dass ein niedrigeres Bildungsniveau für die Bevölkerung in Kauf genommen wird. Allerdings steht das im krassen Widerspruch zu allen Aussagen der Politik zur Notwendigkeit, mehr AkademikerInnen auszubilden.

Soll das Bildungsniveau gehalten oder gar verbessert werden, dann ist echtes Sparen allerdings kaum möglich, sondern nur ein Umverteilen der Finanzierung von Bildung. Dann ist die Frage, zu wessen Lasten umverteilt wird. Im Falle von Studiengebühren ist die Sache klar. Bisher werden Bildungsaufgaben durch Steuern finanziert, das heißt SpitzenverdienerInnen tragen in größerem Maße dazu bei als sozial Schwache, denn sie zahlen höhere Steuern. Studiengebühren dagegen werden einkommensunabhängig pauschal für alle angehenden Akademiker fällig. Im angestrebtem Idealfall, dass alle Schichten gleichermaßen Zugang zur Hochschule bekommen heißt das, dass Besserverdienende entlastet werden, GeringverdienerInnen jedoch belastet. Übrigens eine Tendenz, die alle sogenannten Reformen der letzten Zeit zeigen. Schon deshalb aber können Studiengebühren niemals sozial gerecht sein, denn entweder werden GeringverdienerInnen gleich ganz vom Studium ausgeschlossen, oder aber sie leisten im Verhältnis zu den SpitzenverdienerInnen einen größeren Beitrag zur Finanzierung des Bildungssystems als ohne Gebühren.

Wer profitiert von Studiengebühren? Wie eben ausgeführt grundsätzlich Personen mit Höchstehkommen. Aber natürlich auch BetreiberInnen privater Hochschulen, schließlich handelt es sich weltweit dabei um einen Milliardenmarkt. Schon jetzt werden Privathochschulen (z.B. in Berlin und Bremen) trotz angeblich knapper Kassen mit öffentlichen Geldern gefördert. So richtig konkurrenzfähig sind diese Institute angesichts kostenloser staatlicher Hochschulbildung bis dato nicht. Für die Herausbildung eines echten Bildungsmarktes müssen die staatlichen Hochschulen entweder geschwächt werden oder selbst kostenpflichtig sein. Mit massiven Kürzungen und der Einführung von Studiengebühren wird beides gleichzeitig forciert. Kurz gesagt, die Finanzkrise der staatlichen Hochschulen steht in direktem Zusammenhang mit dem Aufblühen privater Alternativen. Nicht zufällig ist der größte Lobbyist für Studiengebühren das *Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)*, das maßgeblich von Bertelsmann finanziert wird. Bertelsmann gilt neben seiner Stellung als Medienmonopolist auch als Aspirant auf die Marktführerschaft eines zukünftigen deutschen Bildungsmarktes.

Fazit Jede Form von Studiengebühren ist letztlich sozial ungerecht und ein Schritt hin zur endgültigen und kompletten Vermarktung der Bildung. Jetzt ist der Zeitpunkt, diese Entwicklung in Berlin zu stoppen!

Weitere Argumente: www.gegen-studiengebuehren.de